

## Clean Industrial Deal Anhang

# Aktionsplan für erschwingliche Energie (Affordable Energy Action Plan, AEAP) – Stellungnahme von industriAll Europe

IndustriAll Europe begrüßt den Aktionsplan für erschwingliche Energie (Affordable Energy Action Plan, AEAP) als zentralen Pfeiler des Deals für eine saubere Industrie. Der AEAP schlägt eine breite Palette von Maßnahmen vor, die darauf abzielen, die Energiepreise zu senken und den Ausbau einer Infrastruktur für saubere Energie sowie einer europäischen industriellen Lieferkette zu fördern. IndustriAll Europe bedauert jedoch, dass die Kommission keine tiefgreifende Strukturreform und keine Modernisierung des EU-Energieregulierungsrahmens vorschlägt. Diese könnten industrielle und private Energieverbraucher preislich entlasten und gleichzeitig die Resilienz sowie die Erreichung der Dekarbonisierungsziele fördern.

Die Kommission räumt in ihrem Aktionsplan ein, dass der Strompreis in den nächsten Jahren in der EU weiterhin vom Gaspreis abhängig sein wird, schweigt aber zu möglichen alternativen Systemen. Eine detaillierte Folgenabschätzung des derzeitigen Regelwerks, die eine strukturelle Reform unterstützen würde, ist nicht angekündigt.

Hohe Energiepreise sind nach wie vor eine existenzielle Herausforderung. Sie beeinträchtigen die Dekarbonisierung der Industrie (bzw. die Defossilisierung in der Chemiebranche) und Investitionen in Europa zu einem Zeitpunkt, zu dem sie am dringendsten benötigt werden. Sie bedrohen nicht nur Arbeitsplätze durch Unternehmensumstrukturierungen und Werksschließungen, sie treiben auch die Lebenshaltungskosten sowie die Energiearmut in ganz Europa weiter in die Höhe.

Obwohl der Anteil erneuerbarer Energien am europäischen Strommix in den letzten zehn Jahren gestiegen ist, kommen die Vorteile gesunkener Betriebskosten nicht bei den Verbrauchern an. Auch aus der Analyse des Draghi-Berichts<sup>1</sup> geht hervor, dass die Gaspreise mindestens bis Mitte der 2030er-Jahre die Strompreise weiter in die Höhe treiben werden, wenn fossile Brennstoffe im Energiemix kontinuierlich verdrängt werden.

Hohe Strompreise haben erhebliche Auswirkungen auf die Energiewende in Europa: Ausbleibende starke Signale seitens der Industrie wirken sich auch auf neue Projekte im Bereich erneuerbare Energien aus, die auf eine gesicherte Industrienachfrage angewiesen sind. Die Elektrifizierung der Industrie sowie der Sektoren Heizung und Verkehr ist einer der wichtigsten Wegbereiter für die Dekarbonisierung. Aufgrund der derzeit noch sehr hohen Energiepreise ist die Elektrifizierungsrate in der europäischen Industrie jedoch

---

<sup>1</sup> The Future of Competitiveness – In-depth analysis and recommendations, S. 9  
[https://commission.europa.eu/document/download/ec1409c1-d4b4-4882-8bdd-3519f86bbb92\\_en?filename=The%20future%20of%20European%20competitiveness%20In-depth%20analysis%20and%20recommendations\\_0.pdf](https://commission.europa.eu/document/download/ec1409c1-d4b4-4882-8bdd-3519f86bbb92_en?filename=The%20future%20of%20European%20competitiveness%20In-depth%20analysis%20and%20recommendations_0.pdf).

nach wie vor gering. Ohne mutigere Maßnahmen zur Senkung der Energiepreise sowie massive Investitionen in Netze und Speicherinfrastrukturen droht ein Stillstand in Europa, und es läuft Gefahr, hinter seine Mitbewerber zurückzufallen.

## Kernbotschaften von industriAll Europe

- **Der AEAP enthält keine zukunftsweisende Strategie, um den hohen und volatilen Energiepreisen zu begegnen und den Anforderungen der Energiewende gerecht zu werden:** Zwar geht die Kommission in mehreren Aktionspunkten auf die erforderliche Entkopplung der Strompreise von den Gaspreisen ein, beispielsweise in Maßnahme 2 Buchstabe a, die sich auf langfristige Märkte konzentriert, sowie in Maßnahme 8 zur Vorbereitung auf Preiskrisen. Doch werden mögliche Alternativen zur Modernisierung des derzeitigen Systems und dessen Anpassung an die Klima- und Resilienzziele Europas weder erwogen noch bewertet. IndustriAll Europe bekräftigt seine Forderung nach einer eingehenden Folgenabschätzung des derzeitigen Rechtsrahmens und schlägt Strukturreformen für ein modernisiertes EU-Energieregulierungssystem vor, das fit für die Energiewende ist und gute Industriearbeitsplätze in Europa schafft.
- Was wir brauchen, ist **ein ausgewogener Ansatz**, der einerseits **Anreize für Erzeuger sauberer Energie** schafft, in den dringend benötigten Ausbau der Infrastruktur für die Erzeugung CO<sub>2</sub>-armer Energie zu investieren, und der **andererseits industriellen Verbrauchern eine garantierte, stabile und wettbewerbsfähige Energieversorgung** zu wettbewerbsfähigen Preisen sichert. Der im AEAP vorgeschlagene dreiseitige Vertrag ist zwar eine willkommene Dialogplattform, stellt jedoch keine zufriedenstellende Antwort auf die regulatorischen Lücken dar. Eine detailliertere Bewertung alternativer Lösungen zum derzeitigen Regulierungssystem ist erforderlich.
- **Es ist es unbedingt erforderlich, über ausreichende dekarbonisierte Produktionskapazitäten**, auch für die Deckung der Grundlast, **zu verfügen** und die Netzstabilität jederzeit sicherzustellen. Nur so kann in Echtzeit auf die Nachfrage reagiert werden. Der Ausbau der Kapazitäten und der Infrastruktur für saubere Energie in ganz Europa ist unerlässlich, um den erwarteten Anstieg der Nachfrage infolge der Elektrifizierung zu decken. Es sollten alle Technologien für saubere Energie gefördert werden, einschließlich CCUS, wobei nationale Besonderheiten und Präferenzen zu berücksichtigen sind.
- **Die Einbeziehung sozialer Kriterien in neue Projekte im Bereich erneuerbare Energien kann ein wirksames Instrument sein, um lokalen Widerstand gegen neue Projekte zu überwinden.** Die EU sollte daher prüfen, wie die nationalen Behörden Kriterien für positive Nebeneffekte, einschließlich der Schaffung lokaler Arbeitsplätze, bei der Unterstützung der Entwicklung von Energieinfrastrukturprojekten berücksichtigen können.
- Eine **Senkung der Stromabgaben birgt die Gefahr von Haushaltskürzungen in anderen Bereichen**: Zwar könnte dies kurzfristig zu einer Entlastung bei den Strompreisen führen, mittel- bis langfristig besteht jedoch die Gefahr, dass staatliche Mittel gekürzt werden müssen. Das birgt wiederum Risiken für andere wichtige soziale Infrastrukturen.
- **Schutz der Verbraucher vor nachteiligen Verträgen auf dem Endkundenmarkt:** Die Bereitstellung klarer Informationen für Verbraucher über Lieferverträge ist zwar zweifellos wichtig, reicht jedoch nicht aus, wenn der Wettbewerb keine fairen Verträge hervorbringt. Wir fordern strengere Maßnahmen zum Schutz der Verbraucher vor nachteiligen Verträgen. Der EU-Rechtsrahmen sollte den Mitgliedstaaten mehr Flexibilität bei der Umgestaltung ihrer Endkundenmärkte einräumen,

und den nationalen Behörden sollte es gestattet sein, nachteilige Verträge zu verbieten. Die Kommission sollte klarstellen, dass die Elektrizitätsrichtlinie solche Maßnahmen zulässt.

- **Die Netzentgelte müssen so gestaltet sein, dass sie den Ausbau der Netze ermöglichen.** Eine effizientere Ausgestaltung der Netzentgelte, bei der sie stärker an den Verbrauch gekoppelt werden, sowie eine Begrenzung des Investitionsbedarfs sind grundsätzlich zu begrüßen. Sie sollten jedoch realistisch sein und dem enormen Ausbau- und Modernisierungsbedarf der Netze gerecht werden.
- **Der Investitionsbedarf muss im Rahmen einer umfassenden Investitionsstrategie für saubere Energie, die mit ausreichenden Mitteln ausgestattet ist, angegangen werden:** Die Kommission schätzt den jährlichen Investitionsbedarf für erneuerbare Energien, Energieeffizienz und Netzkapazitäten zwischen 2021 und 2030 auf 570 Mrd. EUR und für den Zeitraum 2031 bis 2040 auf 690 Mrd. EUR. Wir erwarten, dass die künftige Investitionsstrategie für saubere Energie diesen Anforderungen umfassend gerecht wird und durch ausreichende öffentliche sowie private Investitionen flankiert wird. Angesichts der EU-Haushaltsregeln wird eine Abhängigkeit von den Staatshaushalten für Investitionen in die Energieinfrastruktur unweigerlich zu einer weiteren Fragmentierung statt zu einer Integration führen. Vor diesem Hintergrund fordern wir eine Überarbeitung der EU-Haushaltsregeln, um Investitionen in kritische Energieinfrastrukturen, Resilienz und gute Arbeitsplätze entlang der gesamten Energieversorgungskette zu ermöglichen.
- **Der Aktionsplan für erschwingliche Energie muss den regionalen Zusammenhalt stärken** und eine CO<sub>2</sub>-arme Energieinfrastruktur sowie eine ausreichende Versorgung mit CO<sub>2</sub>-armer Energie zu erschwinglichen und stabilen Preisen in ganz Europa sicherstellen. Insbesondere Regionen mit einem hohen Anteil an Arbeitsplätzen in energieintensiven Branchen laufen Gefahr, ins Hintertreffen zu geraten, wenn sie nicht durch gezielte Förder- und Finanzierungsmaßnahmen unterstützt werden.
- **Die Förderung der Flexibilität zur Laststeuerung ist wesentlich, für viele energieintensive Industrieanlagen jedoch unrealistisch:** IndustriAll Europe lehnt industrielle Flexibilitätsmechanismen ab, die energieintensive Anlagen zur Abfederung von Preiserhöhungen auf dem Strommarkt nutzen sollen. Eine Drosselung der Produktion schafft Anreize für Deindustrialisierung und Spekulation, und viele Industrieanlagen können aus technischen Gründen nicht beliebig an- und abgeschaltet werden. Darüber hinaus gibt es erhebliche Auswirkungen auf die Belegschaft, die bisher keine Beachtung gefunden haben. Diese reichen von Gesundheits- und Sicherheitsaspekten bis hin zu Kurzarbeitsregelungen.
- **Ein Aktionsplan für erschwingliche Energie ist ohne angemessene Investitionen in gute Arbeitsplätze im Energie- und Fertigungssektor undenkbar!** Die Beschäftigten sind das Herzstück von Innovation und treiben die Energiewende voran. Sie haben einen Platz am Verhandlungstisch verdient, um sicherzustellen, dass der Energiesektor der Zukunft durch gute Tarifverträge, eine effektive Antizipation und Bewältigung des Wandels sowie hochwertige Arbeitsplätze geprägt ist.

Vorschläge der Kommission	Analyse von industriAll Europe
<b><u>Säule I: Senkung der Energiekosten</u></b>	
<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b><u>Effizientere Netzentgelte</u></b></li> <li>→ Neues Konzept für Tarifmethoden für Netzentgelte, um Anreize für die Nutzung von Flexibilität und Investitionen in die Elektrifizierung zu schaffen. Falls erforderlich wird die Kommission dies durch Rechtsvorschriften unterstützen. Damit will die Kommission die Kosten des Energiesystems und die Gesamtinvestitionskosten für neue Netze begrenzen.</li> <li>→ Zusätzliche Leitlinien dazu, wie die Mitgliedstaaten öffentliche Mittel unter Einhaltung der Vorschriften für staatliche Beihilfen verwenden können.</li> <li>→ Leitlinien für vorausschauende Investitionen in Stromnetze.</li> </ul>	<p>Die Aufteilung der Netzgebühren auf der Grundlage des Verbrauchs anstelle eines Pauschaltarifs – bei gleichzeitiger Begrenzung des Investitionsbedarfs – kann zwar als gerechtere Verteilung der Kosten (und als Senkung der verbrauchsabhängigen Kosten) verstanden werden, doch bleibt die Frage, wie mit diesem Vorschlag der gleichzeitig bestehende Bedarf an Finanzmitteln für die Modernisierung und den Ausbau der Netze gedeckt werden soll, den die Kommission in ihrem Aktionsplan für die Netze vom Oktober 2023 festgestellt hat. Die Kosten für die Modernisierung und den Ausbau der europäischen Strominfrastruktur bis 2030 wurden auf 584 Mrd. EUR geschätzt.</p> <p>Vor dem Hintergrund der EU-Haushaltsregeln ist die Abhängigkeit von staatlichen Beihilfen zur Deckung der zusätzlichen Kosten für den Ausbau des Stromnetzes zu hinterfragen. Angesichts des Ziels der Kommission, die Energieunion zu vollenden und die Integration des Strommarktes gemäß Säule II/Maßnahme 5 zu vertiefen, ist es widersprüchlich, wenn die nationale Netzinfrastruktur aufgrund von Haushaltszwängen der Mitgliedstaaten nicht auf der Höhe der Dekarbonisierungserfordernisse ist. Dadurch besteht vielmehr die Gefahr einer Fragmentierung, und die Integration bleibt auf der Strecke.</p>
<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b><u>Senkung von Steuern und Abgaben</u></b></li> <li>→ Die Kommission verweist auf die erforderliche endgültige Annahme der überarbeiteten Energiebesteuerungsrichtlinie (die Verhandlungen im Europäischen Rat sind ins Stocken geraten) und erinnert daran, dass die Mitgliedstaaten nationale Steuern und Abgaben auf den Mindestverbrauchsteuersatz senken und einen ermäßigten Mehrwertsteuersatz von mindestens 5 % anwenden können.</li> </ul>	<p>Wie bei den Entgelten kann auch eine Senkung der Steuern ein wirksames Instrument sein, um andere Preiskomponenten als Strom zu reduzieren. Dies führt jedoch zwangsläufig zu geringeren Staatseinnahmen und würde Anpassungen der öffentlichen Ausgaben oder eine Steigerung der Staatsverschuldung (vorbehaltlich der EU-Haushaltsregeln) erfordern.</p> <p>Auch hier scheint der Vorschlag nicht mit dem Ziel vereinbar zu sein, die Energieunion zu vollenden und den europäischen Zusammenhalt zu stärken. Da die Entscheidung über die</p>

	<p>Senkung der Stromtarife und Mehrwertsteuersätze in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten fällt, besteht die Gefahr einer Fragmentierung innerhalb der EU.</p>
<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b><u>Senkung der Versorgungskosten durch verstärkten Wettbewerb im Endkundengeschäft</u></b></li> <li>→ Die Kommission argumentiert, dass durch den Abbau von Hindernissen und die Stärkung des Wettbewerbs auf dem Endkundenmarkt die Verbraucher leichter zu Anbietern mit günstigeren Tarifen wechseln oder ihren Verbrauch in Zeiten niedrigerer Preise verlagern könnten. Sie macht außerdem geltend, dass flexible Abrechnungsoptionen verhindern, dass wirtschaftlich Benachteiligte von der Versorgung ausgeschlossen werden.</li>   <li>• <b><u>Maßnahmen zur Verringerung der Energiearmut, auch durch Energieeffizienz, und Ermöglichung der Erzeugung, der Nutzung und des Verkaufs erneuerbarer Energien durch Verbraucher und Gemeinschaften</u></b></li> </ul>	<p>In seinem <a href="#">Positionspapier zur Elektrizitätsverordnung</a> forderte industriAll Europe, dass Strom als Grundrecht betrachtet und der Zugang dazu gewährleistet werden muss.</p> <p>Wir haben ein System für die Endkundenpreise gefordert, das die Grundversorgung der Verbraucher und Unternehmen – insbesondere der KMU – zu regulierten, stabilen und erschwinglichen Preisen gewährleistet. Gleichzeitig sollte es Anreize für private Investitionen und erhebliche Energieeinsparungen im Einklang mit unseren Dekarbonisierungszielen schaffen.</p> <p>Wir sind der Ansicht, dass Preisstabilität und Zugang zu Energie nicht allein durch den Markt und mehr Wettbewerb gewährleistet werden können. Auch flexible Abrechnungsoptionen können nicht als wirksames Instrument zur Verhinderung von Energiearmut angesehen werden.</p> <p>Der EU-Rahmen sollte den Mitgliedstaaten mehr Flexibilität bei der Umgestaltung ihrer Endkundenmärkte einräumen, und den nationalen Behörden sollte es gestattet sein, ungünstige Verträge zu verbieten.</p> <p>Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz sind zwar grundsätzlich zu begrüßen, doch muss noch im Detail geprüft werden, wie sie umgesetzt werden sollen. Hinsichtlich der Energieeffizienz des Gebäudebestands bleibt insbesondere die Frage der Finanzierbarkeit von Renovierungsinvestitionen offen. Mieter sind darüber hinaus von den Entscheidungen der Vermieter abhängig, in energieeffiziente Lösungen zu investieren.</p> <p>Die Idee, dass Verbraucher und Gemeinschaften erneuerbare Energien erzeugen, nutzen und verkaufen, ist zwar grundsätzlich gut, berücksichtigt jedoch nicht die Frage, ob es für Verbraucher finanziell leistbar ist, in kleine individuelle Anlagen für erneuerbare Energien zu investieren.</p> <p>Ohne angemessene öffentliche Förderprogramme für Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energie wird diese Energiequelle</p>

	<p>nur einem kleinen, wirtschaftlich privilegierten Teil der Gesellschaft zugänglich bleiben.</p>
<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b><u>Entkopplung der Stromrechnungen der Endkunden von den hohen und volatilen Gaspreisen durch die Förderung von langfristigen Verträgen, Strombezugsverträgen und Differenzverträgen, einschließlich:</u></b> <ul style="list-style-type: none"> <li>→ Pilotprogramm mit der EIB zur Risikominderung von Stromabnahmeverträgen für industrielle Verbraucher (mit einem indikativen Betrag von 500 Mio. EUR)</li> <li>→ Leitlinien für die Mitgliedstaaten zur Gestaltung von Differenzverträgen</li> <li>→ Unterstützung der weiteren Entwicklung von Terminmärkten und zur Erweiterung der Absicherungsmöglichkeiten</li> </ul> </li> </ul>	<p>Die Kommission fördert die Umsetzung der bestehenden Elektrizitätsverordnung, insbesondere durch die Förderung von langfristigen Verträgen wie Stromabnahme- und Differenzverträgen. Sie betrachtet dies als das wichtigste Instrument zur Bekämpfung der hohen Strompreise für industrielle Verbraucher und argumentiert, dass dadurch die Stromrechnungen von den hohen und volatilen Gaspreisen entkoppelt würden.</p> <p>Zwar begrüßte industriAll Europe die verstärkte Unterstützung langfristiger Marktmechanismen als wichtiges Instrument zur Preisabsicherung für industrielle Verbraucher, wies jedoch auch darauf hin, dass diese für eine tiefgreifende Reform möglicherweise nicht ausreichen.</p> <p>Das Pilotprogramm zur Risikominderung beim Abschluss von Stromabnahmeverträgen für industrielle Verbraucher ist zwar als Maßnahme zur Förderung ihrer Verbreitung zu begrüßen, löst jedoch nicht die zugrunde liegenden Probleme: das unzureichende Angebot an CO<sub>2</sub>-armem Strom, die Volatilität der Erzeugung aus erneuerbaren Energiequellen, unzureichende Speicherkapazitäten sowie Engpässe beim Netzzugang, die kurz- bis mittelfristig weiterhin Herausforderungen darstellen.</p> <p>Industrielle Großverbraucher, die eine konstante und stabile Stromversorgung benötigen, werden weiterhin auf Spotmärkte angewiesen sein, um zusätzliche Strommengen zu beschaffen, wenn die Versorgung über Stromabnahmeverträge für erneuerbare Energien begrenzt und volatil ist.</p> <p>Ohne eine umfassendere, strukturelle Reform des Strommarktes könnte die vorgeschlagene Initiative möglicherweise nicht ausreichen, um Anreize für eine verstärkte Nutzung von Stromabnahmeverträgen zu schaffen. Derzeit besteht beim Abschluss von Stromabnahmeverträgen das Risiko, dass im Vergleich zu anderen Ländern immer noch höhere Strompreise festgeschrieben werden. Daher wird die Förderung von Stromabnahmeverträgen allein nicht ausreichen, um die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit zu beheben. Solange der Strompreis auf dem Großhandelsmarkt nicht</p>

	<p>vom Gaspreis entkoppelt wird, sind industrielle Verbraucher mit Grundlastbedarf weiterhin Preisschwankungen ausgesetzt.</p>
<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b><u>Verkürzung der Genehmigungsfristen zur Beschleunigung der Energiewende durch:</u></b></li> <li>→ Leitlinien für innovative Formen des Einsatzes erneuerbarer Energien sowie für spezielle Netz- und Speichergebiete</li> <li>→ Gezielte Unterstützung bei der Umsetzung (Umsetzungsplan der Initiative „Accele-RES“, Sachverständigengruppe für Genehmigungsverfahren, Umsetzungsdialog)</li> <li>→ Austausch bewährter Verfahren und Ermittlung von Hindernissen</li> <li>→ Verbesserung eines Online-Leitfadens für Genehmigungen</li> <li>→ Unterstützung im Rahmen des Instruments für technische Unterstützung (TSI)</li> <li>→ Legislativvorschläge vorlegen, um die Genehmigungsverfahren für Netze, Speicher und erneuerbare Energien zu beschleunigen (im Rahmen des Pakets zum Thema „europäische Netze“)</li> <li>→ Bewertung der Straffung der Genehmigungsverfahren für neue Kernenergietechnologien und Veröffentlichung einer SMR-Mitteilung</li> </ul>	<p>IndustriAll Europe begrüßt den anhaltenden Fokus auf die Unterstützung der Mitgliedstaaten bei der Verkürzung der Genehmigungsfristen. In unserem <a href="#">Positionspapier zum Aktionsplan für europäische Netze</a> haben wir uns gleichzeitig dafür ausgesprochen, Genehmigungsverfahren durch hochwertige öffentliche Dienstleistungen, erhöhte Verwaltungskapazitäten und Finanzmittel zu erleichtern und zu beschleunigen, statt die Kontrolle einzuschränken.</p> <p>Die Genehmigungsverfahren müssen weiterhin die höchsten Sozial- und Umweltstandards aufrechterhalten und fördern.</p> <p>In ihrem Aktionsplan geht die Kommission auf diese Bedenken kaum ein.</p> <p>Die EU sollte daher prüfen, wie die nationalen Behörden Kriterien für positive Nebeneffekte, einschließlich der Schaffung lokaler Arbeitsplätze, bei der Unterstützung der Entwicklung von Energieinfrastrukturprojekten berücksichtigen können.</p>
<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b><u>Beschleunigung des Ausbaus, der Modernisierung und der Digitalisierung der Netze durch:</u></b></li> <li>→ ein Paket zum Thema „europäische Netze“ (einschließlich legislativer und nichtlegislativer Maßnahmen, z. B. Vereinfachung der TEN-E-Verordnung),</li> <li>→ ein „Netzherstellungspaket“ der EIB, um Rückgarantien für die Hersteller von Netzkomponenten mit einem Richtbetrag von mindestens 1,5 Mrd. EUR bereitzustellen.</li> </ul>	<p>Das Paket zum Thema Netze ist eine willkommene und notwendige Initiative, um die Energiewende zu beschleunigen sowie die strategische Autonomie und Resilienz der EU zu stärken.</p> <p>Es bleibt abzuwarten, welche konkreten Initiativen die Kommission vorschlagen wird. Aus unserer Sicht besteht die größte Herausforderung darin, die enormen Investitionen für die Modernisierung und den Ausbau der Netze in Höhe von 584 Mrd. EUR bis 2030 vor dem Hintergrund der EU-Haushaltsregeln zu bewältigen – zumal die meisten Mitgliedstaaten keine weiteren Schulden machen können. In Gegenüberstellung mit dem oben erörterten Vorschlag im AEAP, die Tarifgestaltung so zu verbessern, dass Anreize für Effizienz und Flexibilität geschaffen werden und der Ausbaubedarf begrenzt wird, stellt sich</p>

	<p>die Frage nach der Kohärenz der Ziele. Hinsichtlich des steigenden Strombedarfs für die Elektrifizierung verschiedener Sektoren wie Industrie und Automotive sowie der enormen Nachfrage durch Rechenzentren bleiben viele Fragen offen.</p>
<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b><u>Erhöhung der Systemflexibilität durch Einsatz von Speichereinrichtungen und Laststeuerung</u></b></li> <li>→ Präzisierung der Anforderungen an staatliche Beihilfen für Regelungen für nichtfossile Flexibilität</li> <li>→ Annahme neuer Vorschriften für die Laststeuerung</li> <li>→ Einholung der Standpunkte der Mitgliedstaaten zu einem Instrument für saubere Flexibilität, das auf Strombezugsverträgen und der Verpflichtung der Industrie zum Verbrauch von sauberem Strom beruht.</li> <li>• <b><u>Leitlinien zur Förderung der Vergütung von Flexibilität in Endkundenverträgen</u></b></li> </ul>	<p>Wir sehen zwar das enorme Potenzial von Laststeuerungsmaßnahmen in einem fortlaufenden Prozess der Sektorenintegration, weisen jedoch auch auf die Grenzen der industriellen Flexibilität und die Herausforderungen für die Beschäftigten hin. Bestimmte Anlagen können nicht einfach abgeschaltet werden. Eine vorübergehende Einstellung der Produktion wäre in anderen Sektoren zwar nicht unmöglich, würde für die Unternehmen jedoch wirtschaftliche Verluste bedeuten, die sich wiederum auf die Beschäftigten, die Arbeitszeit und die Arbeitsbedingungen auswirken würden. Mögliche Folgen sind kürzere Schichten und Entlassungen. Es ist unrealistisch, die Beschäftigten flexibel zu Nachtdiensten einzuteilen, wenn der Energieverbrauch und die Preise niedrig sind.</p> <p>Wir ersuchen die Kommission, die technische Durchführbarkeit und die Auswirkungen auf die Beschäftigung zu prüfen, bevor sie konkrete Instrumente vorschlägt. Ein strukturierter Dialog mit dem Energiesektor sowie den energieintensiven Industrien wäre zu begrüßen.</p>
<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b><u>Gewährleistung gut funktionierender Gasmärkte und zuverlässige Erdgasimporte</u></b></li> <li>→ Sich mit zuverlässigen LNG-Lieferanten in Verbindung setzen, um zusätzliche kostengünstige Importmöglichkeiten zu ermitteln</li> <li>→ Nachfragebündelung für EU-Unternehmen vorschlagen</li> <li>→ Optionen über die Nachfragebündelung hinaus prüfen (japanisches Modell: Investitionen in die Exportinfrastruktur)</li> </ul>	<p>Wir begrüßen zwar die Bündelung der europäischen Nachfrage nach LNG-Lieferungen zur Deckung des unmittelbaren Energiebedarfs, doch sollte die EU vermeiden, sich langfristig in Abhängigkeiten zu begeben. Diese würden die Bemühungen um eine Energiewende, Investitionen in die umfassende und grenzüberschreitende europäische Energieinfrastruktur und -erzeugung sowie die Resilienz untergraben.</p>
<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b><u>Ein Energieeffizienzmarkt von europäischer Dimension</u></b></li> <li>→ Durch das europäische Bündnis zur Energieeffizienzfinanzierung den Zugang zu Kapital verbessern und finanzielle Anreize zur Unterstützung von Marktteilnehmern schaffen, die</li> </ul>	<p>Wir begrüßen das anhaltende Augenmerk auf Energieeffizienz in Bezug auf das Produktions- und Beschäftigungspotenzial, die Grundstoffindustrien sowie energiesparende Technologien, aber auch in Bezug auf das Energiespar- und Dekarbonisierungspotenzial der Industrie.</p>

<p>Energieeffizienzlösungen für Unternehmen anbieten.</p> <p>→ Weitere Unterstützung des Programms der EIB-Gruppe für Energieeffizienz in KMU prüfen.</p> <p>→ In Zusammenarbeit mit der EIB-Gruppe die Einrichtung eines EU-Garantiesystems prüfen mit dem Ziel, die Energieeffizienzdienstleistungen zu verdoppeln.</p> <p>• <b><u>Zugang der Verbraucher zu effizienten Geräten und Produkten mit längerer Lebensdauer verbessern durch:</u></b></p> <p>→ Stärkung der nationalen Marktüberwachung und Durchsetzung</p> <p>→ Aktualisierung der Energieverbrauchskennzeichnungs- und Ökodesignvorschriften der Union.</p>	<p>Europa muss seine Führungsposition in den Bereichen Innovation, technologische Entwicklung und Herstellung von Technologien behaupten. Der Fokus sollte daher darauf liegen, über die Rolle als Dienstleister hinauszugehen und unsere Innovationsbemühungen im Bereich energiesparender Technologien sowie bei unseren Belegschaften fortzusetzen.</p> <p>IndustriAll Europe begrüßt die Initiative als Chance, den Zugang der Verbraucher zu effizienten Geräten und Produkten zu verbessern und die Ökodesign-Vorschriften zu stärken. Zudem sollen diese Vorschriften ganzheitlicher gestaltet werden, damit neben der Umweltdimension auch soziale und ethische Faktoren berücksichtigt werden. Soziale Anforderungen an nachhaltige Produkte, d. h. die Arbeitsbedingungen, unter denen Produkte hergestellt wurden, müssen in die aktualisierten Vorschriften aufgenommen werden.</p>
<p><b><u>Säule II: Vollendung der Energieunion</u></b></p>	
<p>Dazu schlägt die Kommission vor Folgendes vor:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Einrichtung einer Taskforce für die Energieunion,</li> <li>• Veröffentlichung eines Weißbuchs über eine vertiefte Integration des Strommarkts,</li> <li>• Überarbeitung der Verordnung über das Governance-System für die Energieunion,</li> <li>• Vorlage einer Investitionsstrategie für saubere Energie, ein aktualisiertes Hinweisendes Nuklearprogramm und eine Fusionsstrategie,</li> <li>• Vorlage eines Aktionsplans für Elektrifizierung, eines Strategischen Fahrplans für Digitalisierung und KI für den Energiesektor und einer Strategie für die Wärme- und Kälteerzeugung.</li> </ul>	<p>Die Vollendung der Energieunion muss das Ziel sein, wenn wir die Resilienz Europas stärken und eine stabile, sichere und ausreichende Versorgung mit CO<sub>2</sub>-armen Energien zu wettbewerbsfähigen Preisen gewährleisten wollen. Daher begrüßt industriAll Europe eine verstärkte Koordinierung innerhalb der Energieunion als Königsweg, um die Energiekrise zu bewältigen, hohe Energiepreise zu senken und die Energieautarkie der EU voranzutreiben. Gleichzeitig weisen wir darauf hin, dass jedes Land das Recht hat, seinen Energiemix selbst zu bestimmen. Durch entsprechende Investitionen in eine eigene CO<sub>2</sub>-arme Energieinfrastruktur sowie in grenzüberschreitende Infrastruktur kann es zudem einen Beitrag zur Stärkung der Resilienz Europas leisten.</p> <p>Wir betonen, dass das Ziel der europäischen Energieresilienz durch angemessene EU-Finanzmittel unterstützt werden muss. Zudem muss bei der Erzeugung von CO<sub>2</sub>-armer Energie der Grundsatz der Technologieneutralität gelten. Wir begrüßen daher die angekündigte Investitionsstrategie für saubere Energie als Chance zur Förderung einer europäischen Lieferkette für die Energieerzeugung und guter Arbeitsplätze in der Fertigung in Europa. Angesichts des enormen Investitionsbedarfs, den die Kommission für Investitionen in</p>

	<p>erneuerbare Energien, Energieeffizienz und Netzkapazitäten zwischen 2021 und 2030 auf 570 Mrd. EUR jährlich und für den Zeitraum 2031 bis 2040 auf 690 Mrd. EUR jährlich schätzt, muss die Strategie durch ausreichende öffentliche und private Investitionen flankiert werden.</p> <p>Der Sicherung der Versorgung mit kritischen Rohstoffen muss besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Diese muss diversifiziert und auf EU-Ebene koordiniert werden.</p> <p>Wir begrüßen den angekündigten Aktionsplan zur Elektrifizierung, erinnern die Kommission jedoch daran, das regionale Elektrifizierungspotenzial der Industrie sorgfältig zu prüfen und die sozioökonomischen Auswirkungen zu bewerten. Nur so können Arbeitsplätze gesichert und der Zusammenhalt zwischen den europäischen Regionen gewährleistet werden.</p>
<p><b>Säule III: Anziehen von Investitionen und Gewährleistung der Umsetzung</b></p>	
<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Entwicklung eines dreiseitigen Vertrags über erschwingliche Energie für die europäische Industrie</b> zwischen Erzeugern sauberer Energie, industriellen Verbrauchern und Mitgliedstaaten, um Investitionssicherheit (Nachfrage) für Projektträger und Sicherheit für die Industrie zu schaffen, dass eine stabile und ausreichende Energieversorgung zu stabilen Preisen gewährleistet ist (aufbauend auf den Erfahrungen mit der Windkraft- und der Solarcharta)</li> </ul>	<p>IndustriAll Europe begrüßt jede Initiative, die den Dialog und die Koordinierung zwischen Energieerzeugern, Energieverbrauchern und Mitgliedstaaten stärkt, um die Strompreise zu senken und angemessene Anreize für Projektträger zu schaffen, in saubere Energieinfrastrukturen zu investieren. Diese dreiseitige Zusammenarbeit muss jedoch durch eine eingehende Folgenabschätzung des Energierechtsrahmens flankiert werden. Ziel muss dabei die strukturelle Überarbeitung und Modernisierung des Rahmens im Hinblick auf eine gerechte Energiewende sein, von der Erzeuger, Verbraucher, Beschäftigte und Bürger gleichermaßen profitieren.</p>
<p><b>Säule IV: Vorbereitung auf potenzielle Energiekrisen</b></p>	
<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Versorgungssicherheit</b></li> <li>→ Legislativvorschlag zur Überarbeitung des derzeitigen EU-Rechtsrahmens für Energieversorgungssicherheit</li> <li>• <b>Vorbereitung auf Preiskrisen</b></li> <li>→ Leitlinien für die Mitgliedstaaten zur Entwicklung und Umsetzung von Systemen zur Senkung von Nachfragespitzen durch Einführung von Anreizen in Form einer Vergütung für Verbraucher</li> </ul>	<p>Angesichts der jüngsten Energiekrise, der sich verschärfenden geopolitischen Krise sowie der erhöhten Sicherheitsrisiken für die europäische Energieinfrastruktur ist eine Stärkung der Sicherheit der EU und des Rahmens zur Vorbereitung auf Preiskrisen zu begrüßen. Auch hier müssen die Koordinierung zwischen den Mitgliedstaaten sowie ein besserer grenzüberschreitender Zugang zu Strom in Krisenzeiten zentrale Aspekte der europäischen Solidarität sein.</p>

<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b><u>Verbesserter grenzüberschreitender Zugang zu günstigem Strom</u></b></li> <li>➔ Zusammenarbeit mit den ÜNB und den nationalen Regulierungsbehörden, um eine vorübergehende Erhöhung der verfügbaren grenzüberschreitenden Kapazitäten in bestimmten Situationen und eine angemessene Koordinierung und Planung von Wartungsausfällen über Grenzen hinweg sicherzustellen.</li> <li>• Im letzten Satz des Wortlauts dieser Säule räumt die Kommission ein, „dass davon auszugehen ist, dass Erdgas auch in den nächsten Jahren der wichtigste Preissetzer für Strom in der EU bleiben wird“, und kündigt an, „die Mitgliedstaaten bei der Ausarbeitung staatlicher Beihilfemaßnahmen zu unterstützen, um sie in die Lage zu versetzen, extreme Preisspitzen und außergewöhnliche Preisbedingungen zu bewältigen und <b><u>die Übertragung hoher Gaspreise auf die Strompreise zu entkoppeln, wobei sie sich auf bewährte Modelle für Notfallsituationen stützt.</u></b>“</li> </ul>	<p>Leider signalisiert die Kommission trotz der Analyse des strukturellen Problems, dass im Merit-Order-System die Gaspreise das Preisniveau für Strom bestimmen, lediglich ihre Unterstützung für vorübergehende Maßnahmen auf Ebene der Mitgliedstaaten in Form von staatlichen Beihilfen in Notfällen. Abgesehen von unserer allgemeinen Kritik, dass eine tiefgreifende Überarbeitung und Modernisierung des Rechtsrahmens ausbleibt, birgt die Abhängigkeit von staatlichen Beihilfen zur Bewältigung von Preisspitzen auch die Gefahr einer Fragmentierung zwischen den Mitgliedstaaten. Dies steht in direktem Widerspruch zum Ziel der Kommission, die Energieunion zu vollenden.</p>
---	---